

Gruppe 22 - Informationszentrum Asyl und Migration

Briefing Notes

19. Januar 2015

Afghanistan

Sicherheitslage

Auch in der vergangenen Woche gab es mehrere sicherheitsrelevante Vorfälle. Die Lage ist unverändert. So kam es zu bewaffneten Zusammenstößen zwischen Taliban und Sicherheitskräften in den Provinzen Paktika (Südosten), Helmand (Süden), Sar-i-Pul und Balkh (Norden), Herat (Westen), Kunar (Osten), weiter zu Selbstmordanschlägen auf Polizisten (Helmand), Entführungen von Mitarbeitern im Gesundheitswesen in Herat (Westen), zur Ermordung eines Beamten im Bildungswesen in Ghor (Westen) und zur Ermordung eines Journalisten in Nangarhar (Osten) und zu Bombenanschlägen in Uruzgan (Süden).

Übergriffe auf Journalisten nahmen 2014 zu

Nach Angaben des Afghan Journalists' Safety Committee gab es im Jahr 2014 mit 129 Fällen einen Anstieg der Übergriffe auf Journalisten um 69 % gegenüber dem Vorjahr. Als Täter wurden in rund 35 % der Fälle Regierungsmitarbeiter und Sicherheitskräfte ausgemacht, einflussreiche Personen waren für 26 % der Übergriffe verantwortlich und die Taliban für 21 %. Die meisten Übergriffe ereigneten sich im Nordosten und in Kabul. Bei den Übergriffen handelte es sich um Verhaftungen, Schläge, Bedrohungen, Ermordungen, Entführungen und Anschläge.

Irak

Lage

Laut Pressemeldung vom 17.01.15 hat der Islamische Staat (IS) am 17.01.15 mehr als 200 Yeziden, einer anderen Pressemeldung zufolge 350 Yeziden, freigelassen. Hierzu zählten Frauen, Kinder, alte Menschen und psychisch Kranke. Nach Angaben eines Kommandeurs der kurdischen Truppen seien fast alle Freigelassenen gesundheitlich schwer angeschlagen. Unklar sei, warum die Yeziden freigelassen wurden.

Die US-geführte Koalition führt weiter Luftschläge gegen IS-Ziele durch. So wurde am 15.01.15 von elf Angriffen berichtet.

Pakistan

Kampf gegen Extremisten verstärkt

Einen Monat nach dem Terroranschlag auf eine Schule in Peshawar wurden inzwischen ca. 20 Menschen hingerichtet, die wegen unterschiedlicher Terrordelikte verurteilt worden waren. Die Aussetzung der Todesstrafe wurde damit beendet. Im Grenzgebiet zu Afghanistan verstärkte die pakistanische Armee ihre Offensive. Es gibt Hinweise, dass sich die Armee enger als früher bei ihren Einsätzen mit Afghanistan abstimmt. Während sich in der Vergangenheit Afghanistan und Pakistan immer wieder gegenseitig vorgeworfen haben, Terroristen zu unterstützen, deutet sich an, dass jetzt auch Pakistan gegen das afghanische Haqqani-Netzwerk vorgehen will, welches seit 2012 auf den Terrorlisten der Vereinten Nationen und der USA steht. Am 17.01.15 wurde berichtet, dass in Afghanistan im Grenzgebiet zu Pakistan fünf Männer festgenommen

worden sind, die den Überfall auf die Schule in Peshawar unterstützt haben sollen. Es soll sich nicht um Afghanen handeln.

Landesweite Proteste gegen Charlie Hebdo

Wegen der Mohammed-Karikaturen der französischen Zeitschrift Charlie Hebdo demonstrierten Tausende am 16.01.15 unter anderem in Karachi, Peshawar, Lahore und Multan. Vorangegangen war eine Verurteilung der neuesten Mohammed-Karikaturen durch das pakistanische Parlament am 15.01.15. Während die Märsche überwiegend friedlich verliefen, versammelten sich nach dem Freitagsgebet in Karachi vor dem französischen Konsulat etwa 200 Menschen, überwiegend Anhänger der Jamaat-e-Islami-Partei, und versuchten dieses zu stürmen. Es kam zu heftigen Auseinandersetzungen mit der Polizei, die Schusswaffen, Wasserwerfer und Tränengas einsetzte. Drei Menschen wurden verletzt.

Türkei

Kritik vom EU-Parlament

Das EU-Parlament verurteilte am 15.01.15 in einer Resolution scharf die jüngsten Polizeirazzien und Festnahmen von Journalisten im Dezember in der Türkei. Es äußerte Besorgnis über die abnehmende Toleranz der türkischen Regierung gegenüber öffentlichem Protest und kritischen Medien und mahnte zur uneingeschränkten Gewährleistung der Freiheiten für die Bürger. Das Parlament erklärte zudem, die Festnahmen seien weder mit den europäischen Werten noch mit der Medienfreiheit vereinbar.

Iran

Inhaftierter US-Reporter muss vor Revolutionsgericht

Der seit sechs Monaten inhaftierte US-Reporter Jason Rezaian wird vor das Teheraner Revolutionsgericht gestellt. Das gab der zuständige Staatsanwalt in der Hauptstadt bekannt. Das Revolutionsgericht ist vorwiegend in Spionagefällen zuständig. Der Iran-Amerikaner Rezaian und seine Frau Yeganeh Salehi, die für die arabische Zeitung „The National“ (Abu Dhabi) arbeitete, waren Ende Juli 2014 unter dem Vorwurf der Auslandsspionage verhaftet worden. Yeganeh Salehi wurde im Oktober 2014 gegen Kaution freigelassen. Ihr Ehemann ist seither im Teheraner Evin-Gefängnis inhaftiert.

Nationales Partnervermittlungsportal geplant

In dem vom Ministerium für Jugend und Sport geplanten Portal müssen die Paare ernsthafte Heiratsabsichten haben, so Vizeminister Mahmoud Golsar. Wegen der strengen islamischen Gesetze und der intensiven Überwachung der Sittenpolizei haben besonders Jugendliche nur wenige Möglichkeiten, jemanden kennenzulernen. Diejenigen, die das trotzdem tun, riskieren bei jeder Verabredung u.a. eine hohe Geldstrafe. Daher ziehen es viele Jugendliche vor, sich über Webportale kennenzulernen und online zu flirten. Laut Golsar gibt es ca. 300 solcher Webportale, die als unmoralisch und damit illegal eingestuft werden. Darüber hinaus gebe es wegen mangelhafter Aufklärung an den Schulen bei den Jugendlichen vielfältige Probleme vor und nach der Hochzeit. Auch hier versuche das Ministerium über Beratungsstellen landesweit den jungen Menschen zu helfen, so der Vizeminister.

Palästinensische Autonomiegebiete/Gaza

Hunderte Hamas-Funktionäre besetzen Regierungssitz in Gaza

Über hundert Angestellte der bisherigen Hamas-Regierung im Gazastreifen haben am 13.01.15 den Sitz der palästinensischen Einheitsregierung besetzt. Sie wollen nach Auskunft des Sprechers der Gewerkschaft für die öffentlichen Dienste in Gaza-Stadt, Chalil al-Sajan, mit der Aktion erreichen, dass ihre seit sieben Monaten ausstehenden Gehälter ausgezahlt werden.

Hintergrund des Streits bildet die Anfang Juni 2014 gebildete Einheitsregierung aus parteilosen Fachleuten, die von der säkularen Fatah-Partei und der rivalisierenden radikalislamistischen Hamas unterstützt wird. Seither wird um die Weiterbeschäftigung und Bezahlung der 50.000 Beamten gestritten, die die Hamas seit ihrer Machtübernahme 2007 im Gazastreifen eingestellt hat. Die neue Einheitsregierung möchte zudem die

70.000 Bediensteten wieder einstellen, die seit der Machtübernahme durch die Hamas entlassen wurden. Hamas-Beamte sollen nur bei Bedarf hinzugenommen werden.

Streit am Grenzübergang Erez

Seit Anfang der Woche besteht zudem ein Streit zwischen der Hamas-Miliz und den offiziellen palästinensischen Beamten an der Grenze zwischen dem Gazastreifen und Israel. Der Kontrollposten der palästinensischen Regierung am einzigen Personenübergang Erez wurde am 12.01.15 geschlossen. Nach Angaben des Leiters der Grenzbehörde, Hussein al-Sheik, hätten einige Hamas-Angehörige das Dienstgebäude der Grenzer besetzen wollen. Dies wurde indes von Hamas-Funktionären bestritten. Sie warfen den Regierungsvertretern vor, die Passage grundlos geschlossen zu haben. Ausländern und Notfallpatienten ist es aber weiterhin möglich, über Erez ein- und ausreisen.

Israel

IS-Terrorzelle verhaftet

Die israelischen Sicherheitsbehörden haben erstmals im eigenen Land eine Zelle der IS-Terrormiliz ausgehoben und sieben mutmaßliche Mitglieder verhaftet. Laut Angaben des Inlandsgeheimdienstes Shin Bet handelt es sich um verdächtige Araber israelischer Staatsbürgerschaft, darunter auch ein Rechtsanwalt aus Nazareth. Teil ihrer Vorbereitung sei es gewesen, Tiere zu schlachten, um das Enthaupten „Ungläubiger“ zu trainieren.

Jemen

Al-Qaida auf der Arabischen Halbinsel bekennt sich zum Pariser Mordanschlag

Al-Qaida auf der Arabischen Halbinsel (AQAP) hat sich zum Anschlag auf die Pariser Satirezeitung „Charlie Hebdo“ bekannt, bei dem zwölf Menschen getötet wurden. In einem am 14.01.15 im Internet erschienenen Video erklärte einer der Anführer, Nasser Ben Ali al-Anassi, es seien Helden rekrutiert worden, die gehandelt hätten. Der Angriff sei eine Rache für die Beleidigung des Propheten Muhammad. Der bei dem Attentat getötete Redaktionsleiter von „Charlie Hebdo“, Stéphane Charbonnier, stand überdies in dem digitalen Jihadisten-Magazin „Inspire“ auf einer „Fahndungsliste“. Das Magazin wird von AQAP herausgegeben.

Gefechte zwischen al-Houthi-Rebellen und Soldaten in Sanaa

In Sanaa haben sich die schiitischen al-Houthi-Rebellen und Regierungssoldaten am 19.01.15 schwere Gefechte in der Nähe des Präsidentenpalastes geliefert. Es waren die heftigsten Auseinandersetzungen, seit die Schiiten-Miliz die Hauptstadt im September 2014 weitgehend unter ihre Kontrolle gebracht hatte. Sicherheitskräfte sperrten Straßen ab, die zum Präsidentenpalast führten. Die Lage in Sanaa ist gespannt, seitdem die schiitische Rebellengruppe am 17.01.15 den Stabschef des Präsidenten, Ahmed Awadh bin Mubarak, verschleppte. Die Schiiten-Miliz will damit Änderungen an der künftigen Verfassung erzwingen, deren Ausarbeitung Mubarak leitet. Die Rebellen werfen der Regierung vor, eine Vereinbarung zu verletzen, die sie nach der Besetzung der Hauptstadt im September 2014 gemeinsam beschlossen hatten. Diese sieht im Gegenzug für den Abzug der Rebellen aus staatlichen Institutionen die Bildung einer neuen Regierung unter Einschluss von al-Houthi-Mitgliedern vor.

Syrien

Kämpfe zwischen Regierungstruppen und Kurden

Nachdem Regierungssoldaten die Kontrolle über Gebäude in einer entmilitarisierten Zone übernommen hatten und damit eine stillschweigende, weitgehend eingehaltene Vereinbarung gebrochen hatten, sich auf andere Feinde, insbesondere den IS, zu konzentrieren, kam es in der Stadt al-Hassakeh (Hasaka) zu heftigen Kämpfen zwischen der Kurden-Miliz YPG und der Regierungsseite. Mindestens 18 Personen sollen getötet worden sein.

4.000 Menschen aus Ghuta evakuiert

Aus der von Rebellen besetzten Stadt Ghuta (Ghouta) wurden nach Verhandlungen mit den Rebellen rund 4.000 Menschen von der syrischen Armee in Notunterkünfte in sicheren Gebieten bei Damaskus gebracht. Bei den Evakuierten handelt es sich insbesondere um Frauen, Kinder und Ältere. Ghuta war immer wieder von der syrischen Armee bombardiert worden.

Israelischer Luftangriff

Bei einem israelischen Luftangriff in Syrien sollen mindestens fünf Mitglieder der radikal-islamischen Schiiten-Miliz Hizbollah, die im Bürgerkrieg auf Seiten des syrischen Regimes aktiv ist, getötet worden sein.

Ägypten

Freisprüche für Homosexuelle

Ein Gericht hat 26 Männer, die am 07.12.14 wegen angeblicher homosexueller Orgien unter dem Vorwurf der Unzucht in einem Bad in Kairo festgenommen worden waren (vgl. auch BN v. 15.12.14), freigesprochen.

Islamgelehrte verurteilen Charlie Hebdo

Gelehrte des Zentrums für islamische Rechtsfragen in Kairo (Dar al-Ifta; „Haus der Rechtsprechung“), bezeichneten die Veröffentlichung neuer Karikaturen des Propheten Mohammed durch das Magazin Charlie Hebdo als „rassistischen Akt“ und „ungerechtfertigte Provokation von 1,5 Milliarden Muslimen weltweit“. Sie werde eine Welle des Hasses in der französischen und den westlichen Gesellschaften auslösen.

Präsident al-Sisi fordert religiöse Revolution

Vor Islamgelehrten der Al-Azhar-Universität in Kairo, der weltweit wichtigsten Institution des sunnitischen Islams, forderte Staatspräsident Abd al Fattah al-Sisi eine „religiöse Revolution im Islam“ und eine „Aufklärung“ in der Interpretation religiöser Texte, um dem wachsenden Extremismus zu begegnen.

Somalia

Premierminister zieht Kabinettsliste zurück

Der im Dezember 2014 ernannte neue Premierminister Omar Abdirashid Ali Sharmarke zog die erst kürzlich vorgelegte Liste der von ihm vorgeschlagenen Kabinettsmitglieder zurück und bat um weitere 14 Tage Frist für die Vorlage einer neuen Liste. Er reagierte damit auf Bedenken einer Anzahl von Parlamentariern, die wegen einiger der Vorgeschlagenen mit einem Misstrauensvotum gedroht hatten.

Parlament in Jubaland

Die Autonomieregierung von Jubaland kündigte am 18.01.15 die Bildung eines ersten Parlaments für den 20.01.15 an. Die Abgeordneten werden von Clanältesten ausgewählt.

Jubaland liegt im Südwesten Somalias an der Grenze zu Kenia. Es umfasst die Regionen Gedo, Lower Juba und Middle Juba. Bedeutendste Stadt ist die Hafenstadt Kismayo. Jubaland versteht sich als autonomer Teilstaat Somalias. „Präsident“ Jubalands ist der im Mai 2013 von einer verfassungsgebenden Versammlung gewählte ehemalige Warlord Ahmed Mohamed Islam „Madobe“. Im August 2013 unterzeichnete die Autonomieregierung nach Vermittlung Äthiopiens ein nationales Versöhnungsabkommen mit der somalischen Regierung in Mogadischu. Es sieht vor, dass Madobe zwei Jahre lang eine Interimsregierung führt.

Proteste gegen Charlie Hebdo

Tausende Schüler und Studenten protestierten am 17.01.15 in Mogadischu unter dem Slogan „Ich bin Muslim und ich liebe meinen Propheten“ gegen das Satiremagazin Charlie Hebdo. Stein des Anstoßes war das Titelblatt der ersten Ausgabe nach dem Attentat von Paris.

Nahrungsmittelknappheit

Nach Angaben eines Regierungsangehörigen vom 15.01.15 verhungerten im Distrikt Wajid in der Region Bakool im Südwesten in den letzten Tagen mindestens sechs Kinder. Der District Commissioner habe die

Regierung in Mogadischu um Hilfe gebeten. Der Distrikt soll besonders von der seit Mitte 2014 herrschenden Trockenheit betroffen sein.

Nigeria

Selbstmordanschläge in Potiskum und Gombe

Am 18.01.15 gegen 10 Uhr sprengte sich ein Selbstmordattentäter auf dem Bulala Busbahnhof am Rande der Stadt Potiskum (nordöstlicher Bundesstaat Yobe) in die Luft. Es wurden mindestens vier Personen getötet und über 40 verletzt. Bereits am 16.01.15 hatte sich gegen 19:30 Uhr ein Selbstmordattentäter in der Stadt Gombe (Hauptstadt des gleichnamigen nordöstlichen Bundesstaates) auf einem Markt im Stadtgebiet Arawa getötet. Mit ihm starben sechs Menschen, zehn wurden verletzt.

Verwüstung bei Boko-Haram-Angriff auf Baga und Umgebung

Am 15.01.15 veröffentlichte die Menschenrechtsorganisation Amnesty International (AI) hochauflösende Satellitenbilder der Stadt Baga am Tschadsee und umliegender Ortschaften, die das Gebiet vor und nach Boko-Haram-Angriffen zeigen, die vom 03.01.15 bis 07.01.15 dauerten. Laut AI ergibt die Auswertung, dass in Baga etwa 620 Gebäude und in der 2,5 km entfernten Stadt Doron Baga über 3.100 Gebäude durch Feuer beschädigt oder vollständig zerstört wurden. Interviews mit Augenzeugen sowie örtlichen staatlichen Vertretern und Menschenrechtsaktivisten ließen vermuten, dass Hunderte von den Terroristen vorsätzlich erschossen worden seien. Das nigerianische Verteidigungsministerium hatte am 12.01.15 die Opferzahlen auf etwa 150 einschließlich getöteter Terroristen beziffert. AI zufolge sei die Attacke auf Baga und Umgebung der größte und zerstörerischste Angriff gewesen, den Boko Haram bisher je ausgeführt habe.

Angriff der Boko Haram auf Biu abgewehrt

Am Morgen des 14.01.15 griffen Kämpfer der Boko Haram in zehn Pick-up Fahrzeugen die Stadt Biu (etwa 200 km südwestlich von Bornos Hauptstadt Maiduguri) an und versuchten erfolglos den Militärstützpunkt zu erobern. Laut Militärangaben wurden bei dem etwa zweistündigen Gefecht 78 Terroristen getötet, darunter mehrere Staatsangehörige des Tschads.

Kamerun

Entführung von Dorfbewohnern durch Boko Haram

In den frühen Morgenstunden des 18.01.15 attackierten Boko-Haram-Kämpfer die Dörfer Mabass und Makxy (Bezirk Mayo-Tsanaga, Region Extrême-Nord) nahe der Grenze zu Nigeria. Sie entführten etwa 80 Dorfbewohner, darunter viele Kinder. Drei Einwohner wurden getötet.

Angriff der Boko Haram auf Militärstützpunkt Kolofata

Am Morgen des 13.01.15 griffen laut Regierungsangaben Kämpfer der Boko Haram nahe der Grenze zu Nigeria den Militärstützpunkt Kolofata (Bezirk Mayo-Sava, Region Extrême-Nord) an. In einem fünfstündigen Gefecht konnten die Angreifer nach Einsatz von schwerer Artillerie zurückgeschlagen werden. Hierbei sollen 143 Terroristen und ein Regierungssoldat getötet worden sein.

Kamerun/Tschad

Truppenentsendung nach Kamerun zur Bekämpfung der Boko Haram

Am 17.01.15 ist aus der Republik Tschad ein erstes Kontingent von Soldaten mit Fahrzeugen, darunter Panzer, in der kamerunischen Region Extrême-Nord eingetroffen. Sie sollen das Nachbarland im Kampf gegen Boko Haram unterstützen. Insgesamt ist eine Entsendung von etwa 2.000 tschadischen Soldaten geplant.

DR Kongo

Am 12.01.15 blockierte die Polizei in Kinshasa unter Einsatz von Tränengas den Marsch mehrerer Hundert oppositioneller Demonstrationsteilnehmer zum Parlament. Laut Angaben des Präsidenten von Kongos drittgrößter Oppositionspartei UNC, Vital Kamhere, wurden von der Polizei etwa 100 Oppositionsanhänger verhaftet und mehrere durch Schüsse verletzt. Die Polizei gab an, dass sieben Polizisten bei den Auseinandersetzungen verletzt worden seien. Die Demonstration, zu der die Oppositionsplattform „Sauvons le Congo“ aufgerufen hatte, richtete sich gegen den von der Regierung im Parlament eingebrachten Entwurf zur Änderung des Wahlgesetzes, dessen erste Lesung am 12.01.15 im Parlament erfolgen sollte. Dieser sieht vor, dass vor den turnusmäßigen Präsidentschaftswahlen 2016 eine Volkszählung durchgeführt werden soll. Die Opposition befürchtet, dass dies die Präsidentschaftswahlen um Jahre verzögern würde, wodurch es Staatspräsident Kabila, der laut Verfassung 2016 nicht mehr kandidieren darf, ermöglicht würde, über das reguläre Ende seiner Amtszeit hinaus sein Amt auszuüben. Bereits am 11.01.15 war in der Nähe des Boulevard Triomphal in Kinshasa eine ähnliche Demonstration der Opposition von der Polizei unter Einsatz von Tränengas aufgelöst worden.

Ultimatum für FDLR-Rebellen abgelaufen

Am 08.01.15 befürwortete der UN-Sicherheitsrat ein gemeinsames militärisches Vorgehen der DR Kongo und der UN-Mission im Kongo (MONUSCO) zur „Neutralisierung“ der im Ostkongo aktiven ruandischen Rebellengruppe FDLR („Demokratische Kräfte zur Befreiung Ruandas“). Zuvor ließ die FDLR am 02.01.15 ein sechsmonatiges Ultimatum von afrikanischen Staaten der Region zur bedingungslosen Niederlegung ihrer Waffen und Überstellung ihrer Kämpfer verstreichen. Es wurden lediglich 337 ihrer etwa 1.300 bis 1.500 Kämpfer übergeben.

Senegal

Ausweisung des gambischen Oppositionsführers

Der gambische Oppositionsführer Bayo reiste am 14.01.15 aus dem Senegal in Richtung Frankreich aus. Vorangegangen war am 13.01.15 eine Entscheidung des Obersten Gerichtshofes in Dakar, Bayo innerhalb von drei Tagen auszuweisen. Bayo wird eine Beteiligung am Putschversuch in Gambia gegen Präsident Jammeh am 30.12.14 vorgeworfen. Der in Frankreich geborene Bayo hielt sich im Exil im Senegal auf, wo er am 01.01.15 festgenommen worden war.

Tansania

Hunderte Mädchen vor Genitalverstümmelung geflüchtet

Um sich einer drohenden Genitalverstümmelung zu entziehen, haben nach Angaben des staatlichen Fernsehens insgesamt rund 800 Mädchen im schulfähigen Alter vorübergehend Schutz in Frauenhäusern von Hilfsorganisationen und Kirchen gesucht. Einige der Schutz-Unterkünfte standen unter Polizeischutz. Da der Eingriff traditionell zwischen Oktober und Dezember vorgenommen wird, sind die Schülerinnen mittlerweile wieder zu ihren Familien zurückgekehrt.

Zwar sind Beschneidungen bei Frauen seit 1998 verboten – es drohen langjährige Haftstrafen –, dennoch werden sie vor allem im Norden und im Zentrum noch immer heimlich regelmäßig vorgenommen.

Côte d'Ivoire

Prozess gegen Ex-Präsidentengattin Simone Gbagbo begonnen

Simone Gbagbo, Ehefrau des früheren ivoirischen Präsidenten Laurent Gbagbo, muss sich vor einem Gericht in Abidjan wegen der gewaltsamen Ausschreitungen 2010 bis 2011 im Zuge der Präsidentschaftswahlen verantworten. Auslöser war die Weigerung Laurent Gbagbos, den Wahlsieg seines Kontrahenten und heutigen Präsidenten Alassane Ouattara anzuerkennen. Anhänger beider Lager gingen aufeinander los, mehr als 3.000 Menschen starben. Mit der First Lady steht erstmals eine prominente Vertreterin des alten Regimes im eigenen Land vor Gericht. Die 65-Jährige muss sich gemeinsam mit 82 weiteren Angeklagten verantworten.

Ihr Mann wartet vor dem Internationalen Strafgerichtshof auf sein Verfahren. Das Haager Gericht wirft auch Simone Gbagbo Verbrechen gegen die Menschlichkeit vor. Ein Auslieferungsbegehren lehnten die ivorischen Behörden mit der Begründung ab, den Prozess im eigenen Land führen zu wollen.

Simone Gbagbo hatte stets erheblichen Einfluss auf das Wirken ihres Mannes. Im Exil gründeten beide 1982 die Ivorische Volksfront (FPI). Simone Gbagbo wurde mehrfach verhaftet. 1995 gelang ihr der Sprung ins Parlament. Fünf Jahre später errang Laurent Gbagbo das Präsidentenamt. Sie wurde stellvertretende Vorsitzende der Regierungspartei und Vorsitzende der Regierungsfraktion. Simone Gbagbo wird auch Machtmissbrauch vorgeworfen: So soll sie die Sicherheitskräfte zu politischen Zwecken genutzt haben. Auch werden ihr Verbindungen zu den Todesschwadronen nachgesagt, die gegen politische Gegner aktiv wurden.

Kritiker sprechen von einem politischen Prozess

Der Prozess ist umstritten. Obwohl nach Einschätzung von Menschenrechtsorganisationen auch Unterstützer aus dem Lager Ouattaras für die Eskalation der Ausschreitungen verantwortlich sind, gehören von den insgesamt 150 derzeit im Zusammenhang mit den Unruhen Inhaftierten nur zwei dem Lager des Präsidenten an. Die politische Spaltung spiegelt sich auch in der Einstellung der Bevölkerung wieder. Während ein Teil die Gefangenen als politische Häftlinge sieht und deren Freilassung fordert, sehen andere eine strafrechtliche Aufarbeitung als Voraussetzung für eine Versöhnung der zerstrittenen Lager. Die Angeklagten sind zum Teil seit rund drei Jahren in Untersuchungshaft.

Westafrika/Ebola

Ebola Lagefortschreibung

Die Ebola-Epidemie in Mali ist nach Aussage des malischen Gesundheitsministers vom 18.01.15 offiziell für beendet erklärt worden. Der für die Bekämpfung von Ebola in Mali zuständige UN-Vertreter bestätigte das Ende der Epidemie. In Mali sind sieben Menschen an Ebola gestorben. Die WHO teilte am 15.01.15 mit, dass die Zahl der Neuinfektionen in den am stärksten von Ebola betroffenen Ländern Liberia, Sierra Leone und Guinea deutlich zurückgehe. WHO-Sprecher Tarik Jasarevic sprach von einem „ersten optimistischen Signal“.

Die Weltbank warnt unterdessen vor weitreichenden sozio-ökonomischen Folgen von Ebola wie Arbeitsplatzverlust und Nahrungsmittelunsicherheit in Liberia und Sierra Leone. Während in Liberia nach wie vor ca. die Hälfte der Familienoberhäupter ohne Arbeit ist und die Ernte auch wegen des Arbeitsverbots geringer ausfiel, sind in Sierra Leone zahlreiche Haushalte von Arbeitsplatzverlusten betroffen, ohne dass zur Zeit negative Effekte auf die Ernte festzustellen sind.

Kosovo

Wachsende Sorge wegen massiver Abwanderung

Politiker der EU und des Kosovos sind zunehmend besorgt über die jüngste Ausreisewelle. 2014 haben ca. 20.000 kosovarische Bürger (v.a. Roma und Ashkali) das Land meist über Ungarn Richtung Westeuropa verlassen. Für Kosovos Präsidentin ist dies eine „nationale, soziale und ökonomische Tragödie“. Befürchtet werden auch negative Auswirkungen auf den Visa-Liberalisierungsprozess. Kosovo ist das einzige Westbalkanland ohne Visabefreiung. Die EU fordert, dass der Staat dringend gegen die Profiteure (Schlepperbanden) und Ursachen (Armut, Arbeits- und Perspektivlosigkeit) der Migration vorgehen müsse. Gefordert wird auch eine Strategie zu einer nachhaltigen Reintegration.

Albanien

Rückkehr der Arbeitsmigranten/steigende Asylumigration

Seit Beginn der Wirtschaftskrise 2009 sind nach Angaben der albanischen Statistikagentur 133.000 Arbeitsmigranten aus Griechenland und Italien zurückgekehrt. Ihre Situation ist schwierig. Lediglich 8 % konnten wieder Fuß fassen, über die Hälfte will das Land erneut verlassen. Parallel dazu sind die Asylzahlen in Europa angestiegen. Waren bislang Frankreich, Schweden und Belgien die Hauptzielländer für Asylumigration aus

Albanien, steigen seit Herbst 2013 auch in Deutschland die Zugangszahlen stetig an. Gerüchte über Asylgewährung in Deutschland fördern die Ausreisewelle.

Ukraine

Massive Mobilisierungen

Das ukrainische Parlament hat am 15.01.15 auf ein Dekret des Präsidenten vom 14.01.15 hin beschlossen, Soldaten, die lange im Einsatz gegen die prorussischen Separatisten sind, durch Reservisten zu ersetzen. Rund 50.000 junge Menschen oder Personen, die eine besondere militärische Ausbildung erhalten haben, sollen ab dem 20.01.15 bewaffnet werden. Zudem ist geplant, mit zwei weiteren Mobilisierungen ab April und Juni 2015 erneut rund 50.000 Soldaten einzuziehen.

Die Aufrüstung der Armee läuft den internationalen Friedensbemühungen für die Ostukraine zuwider.

Lage im Osten

Die am 09.12.14 vereinbarte Feuerpause zwischen der Ukraine und prorussischen Rebellen wird immer brüchiger. Medien sprechen hinsichtlich des Wochenendes 17./18.01.15 von den schwersten Auseinandersetzungen seit Langem. Besonders intensiv wird um den Flughafen von Donezk gekämpft. In den Städten Luhansk und Donezk sollen viele Menschen ohne Lebensmittel von den Kämpfen eingeschlossen sein. Auch der Zugang zu medizinischer Hilfe sei sehr erschwert, die Krankenhäuser hätten häufig weder Strom noch Wasser.

Myanmar

Gefechte zwischen Rebellen und Militär

Rebellen der Kachin Independence Army (KIA) nahmen am 14.01.15 im Bezirk Hpakant im Kachin State den Transportminister des Kachin State sowie drei ihn begleitende Polizisten fest. Daraufhin kam es am 15.01.15 zu Gefechten zwischen Rebellen und Militär, vor denen bis zu 2.000 Menschen flohen. Der Minister wurde inzwischen freigelassen.

Die KIA ist eine von zwei ethnischen Rebellengruppen, die noch keinen bilateralen Waffenstillstand mit der myanmarischen Regierung geschlossen haben. Letztere plant für den 12.02.15 die Unterzeichnung eines umfassenden Waffenstillstandsabkommens mit den mehr als einem Dutzend Rebellengruppen des Landes.

Sri Lanka

Schwierige Machtverhältnisse

Rund eine Woche nach seiner überraschenden Wahl zum neuen Präsidenten hat Maithripala Sirisena erste Neuerungen angekündigt. So will der 61-Jährige binnen 100 Tagen das Präsidialsystem abschaffen, das nach Meinung vieler Kritiker eine zu starke Machtkonzentration in den Händen des Präsidenten bewirkt. Insbesondere Amtsvorgänger Mahinda Rajapaksa war vorgeworfen worden, Familienangehörige in führenden Staatsämtern platziert und durch eine Verfassungsänderung seine Machtbefugnisse erweitert zu haben. Da Sirisena allerdings nicht über die hierfür erforderliche Zwei-Drittel-Mehrheit im Parlament verfügt, kündigte er vorgezogene Parlamentswahlen – voraussichtlich noch im April – an. Ob diese angesichts der tiefgehenden Differenzen zwischen den Parteien zu einer Lösung der Probleme des Landes führen werden, ist unsicher. Gleichzeitig forderte Sirisena die geflohenen Journalisten und Dissidenten zur Rückkehr auf und erklärte, er werde die Zensur oppositioneller Websites, die Überwachung kritischer Journalisten und Politiker sowie das Abhören ihrer Telefone beenden.

Neue Tamilenpolitik?

Die Frage, ob der Wahlsieg Sirisenas zu einem neuen Kurs gegenüber der tamilischen Minderheit führt, wird von Experten skeptisch beurteilt. So verweist die International Crisis Group darauf, dass wichtige tamilische Themen beim Wahlkampf keine Rolle gespielt hätten. Allerdings wurde Sirisenas vor allem durch die größte tamilische Partei, die Tamil National Alliance (TNA), unterstützt. Letztlich waren auch die Stimmen der Tamilen mit ausschlaggebend für seine Wahl. Einige Beobachter meinen daher, dass der Wahlsieg Sirisenas

die Möglichkeit einer Aussöhnung zwischen Singhalesen und Tamilen eröffnen könnte. Kritiker hingegen geben zu bedenken, dass es schwer werden wird, alle religiösen, ethnischen und politischen Differenzen zu überwinden. Ein erster Schritt müsse die Aufarbeitung der Kriegsverbrechen des fast 30-jährigen Bürgerkriegs sein. Ein Umstand, dem sich Rajapaksa konsequent verweigert hat. Unter seiner Präsidentschaft führte eine militärische Großoffensive gegen die tamilische Rebellengruppe Liberation Tamil Tigers of Eelam (LTTE) im Mai 2009 zu deren Zerschlagung und der Wiederherstellung der staatlichen Kontrolle auch in den von den Separatisten kontrollierten Gebieten. Bei den Kampfhandlungen sollen allein in den letzten Kriegsmonaten 40.000 Zivilisten getötet worden sein.

Neuer Präsident wirft Amtsvorgänger Putschversuch vor

Für Aufsehen sorgte der Vorwurf Sirisenas, Rajapaksa hätte angesichts der sich abzeichnenden Niederlage die Streitkräfte zum Eingreifen gedrängt. Man werde als Erstes „den Putsch und die Verschwörung“ untersuchen, erklärte ein Regierungsvertreter. Der frühere Präsident habe seine Niederlage erst eingeräumt, als Armeechef Daya Ratnayake und der Generalinspektor der Polizei, N. K. Illangakoon, abgelehnt hätten, die Stimmauszählung zu stoppen und Rajapaksa zum Sieger zu erklären. Rajapaksa bestreitet den Vorwurf.